

**Rede Dieter Hausold Parteitag 14./15. Juli 2007 in  
Gotha**

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir konstituieren heute DIE LINKE in Thüringen.

Wir tun dies mit viel öffentlicher Aufmerksamkeit, mit großen Erwartungen – mit steigenden Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger – an uns.

Diese Erwartungen sind einmal mehr begründet bei der Politik, die hierzulande herrscht.

Gestern hat der Ministerpräsident seine Politik und die der CDU im Landtag zusammengefasst.

Er will Auslese.

Auslese in der Bildung,

Auslese hin zu Billiglohn und Altersarmut,

Auslese aller Lebensrisiken zu Lasten derjenigen, die den Euro schon jetzt dreimal umdrehen müssen,

Auslese zu Lasten alleinerziehender Frauen,

Auslese zu Lasten der Älteren und der Kranken.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
verehrte Gäste,

allein schon die Aufgabe dieser Politik in den Arm zu fallen, ist Daseinsberechtigung und Aufgabe genug für eine starke LINKE in diesem Land.

Sie wird es geben nicht als Selbstzweck, sondern im Interesse all jener in diesem Land, die von dieser unsozialen Politik betroffen sind.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
verehrte Gäste,

die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag leistet als größte Oppositionspartei, vor allem in Auseinandersetzung mit der Situation im Lande ihre Arbeit.

Entgegen der Politik der Landesregierung streiten wir im Parlament für Mindestlöhne und für ein modernes – die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer berücksichtigendes und ökonomisch sinnvolles – Vergaberecht in Thüringen.

Im Interesse der Beschäftigten, weil wir sagen:

Von Arbeit muss der Mensch auch leben können.

Im Übrigen: Jetzt wird die Konjunktur  
gefeiert. Eine Konjunktur für die unsere  
Landesregierung nichts kann.

Eine Konjunktur, die auf Schröders  
Reformen nur insofern basiert, wie  
er und rot-grün ja Lohndrückerei  
und Deregulierung der Arbeitnehmer-  
rechte eingeleitet hat. Sonst sind allein  
die außenwirtschaftlichen Entwicklungen  
Grundlage dieses Aufschwungs.

Aber die Frage für die LINKE ist doch:

Wer hat etwas von diesem Aufschwung, von dieser  
Konjunktur?

Die Menschen mit niedrigem Einkommen – nein!

Denn Fakt ist: In dem Maß, wie die Arbeitslosigkeit gegenwärtig sinkt, steigen die Bedarfsgemeinschaften von Hartz IV an.

Also im Klartext: Der konjunkturell bedingte Rückgang der Arbeitslosigkeit führt aufgrund der neoliberalen Politik in vielen Fällen direkt in die prekäre Beschäftigung, in Dumping- und Billiglöhne.

Dann wird aus den öffentlichen Mitteln der Arbeitsagentur drauf geschlagen – eine Zeche, die also auch wieder die Allgemeinheit, die wiederum die Menschen mit bereits geringen Einkommen zahlen müssen.

Die Thüringer Landesregierung setzt dem nichts entgegen. Im Gegenteil.

Sie will, wie eingangs gesagt, auslesen.

Wie gesagt, wer hat etwas von dieser Konjunktur?

Die klein- und mittelständischen Unternehmen in Thüringen? Nein!

Dank der Steuergeschenke der großen Koalition an die Konzerne und Banken gehen auch Mittelständler und Handwerker leer aus.

Und die Landesregierung setzt noch eins drauf.

Sie lässt Wirtschaftsfördermittel, vor allem in ihren landeseigenen Gesellschaften verschwinden – intransparent und der parlamentarischen Kontrolle entzogen.

Für die Städte und Gemeinden verordnet sie über den KFA eine Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze – natürlich vor allem zu Lasten von Mittelstand und Handwerk. Zudem kommt noch hinzu, dass mit dem Streichen der Investitionspauschale die Möglichkeiten der Kommunen zu investieren und somit Aufträge zu vergeben, weiter geschwächt – vielerorts unmöglich gemacht wird.

Wir werden weiter für ein Vergaberecht stehen, das dieser Politik entgegenwirkt, welches ruinösen Wettbewerb unterbindet und Löhne ermöglicht, von denen Menschen auch leben können.

Eine Politik also, die sozial wie ökonomisch nur sinnvoll und im Übrigen auch möglich ist.

Wir wollen eine andere Arbeitsmarktpolitik.

Wir wollen die Bündelung der dafür zur Verfügung stehenden Mittel für gemeinwohlorientierte Arbeit, für versicherungspflichtige Beschäftigung.

Gegen die Umverteilungspolitik der Landesregierung.

Dann muss sie ja sagen:

„Du musst heute für geringe Löhne arbeiten, Du wirst keine qualifizierte Arbeit leisten, Du wirst deshalb eine niedrige Rente haben und wohl auch Altersarmut.

Vielleicht nimmst Du jetzt das Bürgergeld an.“ Da kommt ein erpresserisches Moment in Ihre Politik. Sie folgen einfach der kapitalistischen Logik, seines Wirtschaftssystems, worin wir uns unterscheiden, aber nicht nur wir.

Die Regierung will auch keine Schulreform. Sie will die zeitige Auslese nach der vierten Klasse. Sie will damit auch eine zeitige soziale Auslese, man bereitet damit

Menschen von klein auf auf ihr Los als Billiglohnarbeiter von morgen vor.

Die Ankündigung von Herrn Althaus zum Bürgergeld sind in allen Medien.

Dieses Bürgergeld wird weit unter den Auszahlungsbeiträgen von Hartz IV liegen und dass dies heute zum Leben nicht ausreicht, hat sich mittlerweile überall herumgesprochen. Den Menschen vorzugaukeln, dass das eine gute Alternative sei, wenn man noch dazu zumindest indirekt alle weiteren sozialen Sicherungssysteme auf dem Altar der Neoliberalisierung opfert, kann keine zukunftsfähige Politik für dieses Land sein. Im Übrigen scheinen das auch Althaus' Mitstreiter so zu sehen, denn in die offizielle Programmatik der CDU fand die Idee keinen Eingang.

Eine den Interessen der großen Mehrheit der Menschen im Lande adäquate Sozialpolitik bleibt für uns als Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag eine zentrale Aufgabe.

Wir fordern die Rücknahme der Familienoffensive der Landesregierung.

Wir treten für eine tatsächliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein.

Wir wollen frühkindliche Bildung unterstützen.

Und das heißt eben nicht die Streichung der Mittel bei Kitas, sondern die Stärkung der institutionellen Förderung, denn insbesondere das wünschen sich nachgewiesenermaßen die Menschen in unserem Land.

Erziehungsgeld hat eben mit diesen Fragen nichts zu tun. Es führt in eine ganz andere Richtung.

Wir bleiben weiter bei unserer Forderung nach der Einführung einer Sozialpauschale.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
verehrte Gäste,

unser Motto lautet richtigerweise: Freiheit durch Sozialismus.



Die Sicht der CDU und der Landesregierung ist eine ganz andere. Wer wirtschaftliche Freiheit einschränkt, der schränkt zwangsläufig Freiheit überhaupt ein, meint man dort.

Welch dusterer Freiheitsbegriff?

Ja, für die Politik der CDU ist es nur logisch. Sie folgt einfach dem neoliberalen Mainstream, der die ungehemmte Kapitalverwertung in den Mittelpunkt aller Überlegungen rückt.

Wir sind die Partei, die das anders sieht. Nämlich aus demokratischer Sicht und Position anders sieht.

Das Grundgesetz legt fest, dass Eigentum verpflichtet.

Die soziale Marktwirtschaft gehört zu den Grundlagen der bundesrepublikanischen Gesellschaft.

Wer Demokratie stärken will, muss deshalb wirtschaftliche Macht mindestens begrenzen im Grunde genommen sogar stark einschränken und in bestimmten Bereichen verhindern, sonst wird die Demokratie Schaden erleiden und in dieser Folge auch die Freiheit.

Und deshalb bestehen wir darauf: Soziale Menschenrechte und individuelle Freiheitsrechte gehören unlöslich zusammen.

Und deshalb sagen wir: Freiheit durch Sozialismus als unseren Beitrag für eine friedliche und sozial gerechte Welt.

Liebe Genossinnen und Genossen,  
verehrte Gäste,

die Geschichte der LINKEN ist widersprüchlich, von großen Hoffnungen ebenso erfüllt wie von großen Enttäuschungen und Fehlschlägen.

Bei letzterem gilt vor allem: Wir sind immer dann stark und erfolgreich, wenn wir uns nicht selbst im Wege stehen.

Sozialistisch, das heißt vor allem gemeinsam.

Wer Gemeinsamkeit in der Gesellschaft, wer Solidarität in der Gesellschaft will – und wir wollen sie – von uns wird eine solche Politik erwartet, der muss sich diesem Anspruch zur Gemeinsamkeit auch in den eigenen Reihen immer wieder vom neuen stellen und muss ihn wollen.

Deshalb bleibt es dabei: Freiheit, Gleichheit, Solidarität  
und soziale Gerechtigkeit – das ist unser Anliegen, das  
bleibt unser Anliegen.